

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

FÜNFZEHNTE JAHR
SEPTEMBER 1964

9

ADOLF MENSTELL

Die Grenzen der Steinkohlenproduktion im Gemeinsamen Markt

Der Steinkohlenbergbau in Westeuropa kann auf eine jahrhundertlange Tradition mit sehr unterschiedlichen Organisationsformen zurückblicken, wobei politische Wandlungen der Regierungsformen jeweils dem Bergbau ihren Stempel aufdrückten. Während in der Bundesrepublik und in Belgien heute die Steinkohlenbergwerksbetriebe im wesentlichen privatwirtschaftlich strukturiert sind, ist der Kohlenbergbau in Frankreich und England verstaatlicht, in Holland fördern Staatszechen den Hauptanteil an Steinkohle.

Da die Lagerstätten an Steinkohle sich nicht gleichmäßig verteilen, sondern z. B. in Nordfrankreich und Südbelgien, in Lothringen, an der Saar, an der Ruhr und in Oberschlesien auf verhältnismäßig kleine Reviere massiert sind, entstanden dort industrielle Ballungszentren, die in Verbindung mit der Entwicklung von Eisenbahnen und Schifffahrt den europäischen Industrieländern bis zum ersten Weltkrieg eine wirtschaftliche und politische Vormachtstellung sichern halfen.

Die Weltproduktion an Steinkohle ist — hauptsächlich infolge staatlicher Maßnahmen in den Ostblockstaaten — von rund 1,6 Md. t in 1955 auf über 2,1 Md. t in 1963 zwar geringfügig, aber ständig angestiegen. Die Kohlenförderung im Gemeinsamen Markt stagniert schon seit einigen Jahren, ja, sie geht sogar ständig zurück, und zwar von 249 Mill. t in 1956 auf 223 Mill. t in 1963.

Trotz steigendem Energiebedarf der modernen Industriewirtschaften im Gemeinsamen Markt hat der Kohleabsatz infolge Vordringen neuer Energieträger, insbesondere des Heizöls, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. So ist auch der Anteil der Steinkohle am Energieverbrauch ständig zurückgegangen; er ist von 74 vH in 1950 auf 46 vH in 1963 gefallen und wird 1964 voraussichtlich 43 vH betragen.

Dieser stetige Rückgang des Anteils am Energieverbrauch ist um so bemerkenswerter, als der Reichtum der Lagerstätten an Steinkohlen innerhalb des Gemeinsamen Marktes im stark industrialisierten Westeuropa die energiewirtschaftliche Basis für die gesamte industrielle Entwicklung bildet. Aus diesen Gründen war auch schon immer der traditionelle Energieträger Kohle für die westeuropäischen politischen Instanzen ein sehr interessantes Objekt. So wurde ja auch der Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hauptsächlich infolge seiner großen wirtschaftspolitischen Bedeutung

von Kohle und Stahl abgeschlossen. Sicherlich sind die derzeitigen Struktur- und Absatzkrisen des Steinkohlenbergbaus nicht auf das Vorhandensein des Montanunionvertrages zurückzuführen, aber man kann doch feststellen, daß die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl auch nicht in der Lage war, sie zu verhindern oder zu mildern.

Die Frage der Zukunft der Kohle im Gemeinsamen Markt beschäftigt gerade heute wieder die Institutionen der EWG, die Länderregierungen, die Verbände der Kohleproduzenten und auch selbstverständlich die Gewerkschaften. Bei der Langfristigkeit der bergbaulichen Vorgänge, der kapital- und arbeitsintensiven Struktur der Bergwerksbetriebe sind Höhe und Grenzen der Kohleproduktion für den Fortbestand dieses Wirtschaftsbereiches lebenswichtig. Es ist daher von großer Bedeutung, ob es gelingt, die Höhe der derzeitigen Steinkohlenproduktion aufrechtzuerhalten, oder ob durch Zurücknahme von Kapazitäten und Produktion bessere Verteidigungspositionen auf dem Energiemarkt in Westeuropa bezogen werden können.

1. Der Gemeinsame Markt für Kohle

Wie wir schon ausführten, ist die Steinkohlenförderung im Gemeinsamen Markt seit Jahren rückläufig. Während von 1953 bis zum Beginn der Absatzkrise in 1957 noch eine Zunahme der Steinkohlenförderung von 237 Mill. t auf 246,4 Mill. t zu verzeichnen war, ist die Förderung bis 1963 auf 223,4 Mill. t zurückgegangen.

Die Entwicklung der Steinkohlenförderung in den einzelnen Ländern der Gemeinschaft ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

Entwicklung der Steinkohlenförderung¹⁾

Land	Jahr 1953	Jahr 1958	Jahr 1959	Jahr 1962	Jahr 1963
Bundesrepublik	140,9	149,0	141,8	141,1	142,1
Belgien	30,1	27,1	22,8	21,2	21,4
Frankreich	52,6	57,7	57,6	52,4	47,8
Italien	1,1	0,7	0,7	0,7	0,6
Niederlande	12,3	11,9	12,0	11,6	11,5
Gemeinschaft	237,0	246,4	234,9	227,0	223,4

1) Quelle: 12. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. Februar 1963 bis 31. Januar 1964), entnommen den Zahlen der Tabelle 10, S. 106.

Die Absatzkrise, in welcher sich der Kohlenbergbau der Gemeinschaft befindet, hat außer Förderrückgang zur gänzlichen oder teilweisen Einstellung von unrentablen Bergwerksbetrieben geführt; so sind seit 1958 in der Bundesrepublik 29 Schachtanlagen vollständig stillgelegt und 20 Schachtanlagen mit anderen zusammengelegt worden. In Frankreich ist die Zahl der Schachtanlagen von 144 in 1957 auf 78 in 1963 zurückgegangen und in Belgien während des gleichen Zeitraums von 120 auf 59²⁾.

Allein in einem Jahr, und zwar von Ende 1962 bis Ende 1963, ist in der Gemeinschaft die Zahl der im Betrieb befindlichen Schachtanlagen von 283 auf 270 zurückgegangen. Diese starke Verminderung der Förderanlagen bedingte einen starken Rückgang der Untertagebelegschaft, wohingegen durch starkes Ansteigen der Untertageleistung die Kapazitätsminderung der ausgefallenen Anlagen durch erhöhte Förderung der verbleibenden Anlagen fast gänzlich ausgeglichen werden konnte. Während in 1960 noch 548 200 Arbeitnehmer unter Tage im Steinkohlenbergbau beschäftigt waren, betrug

2) Quelle: 12. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, S. 126—129.

STEINKOHLENPRODUKTION IM GEMEINSAMEN MARKT

diese Zahl nur noch 435 500; die Entwicklung der Untertagebelegschaft im Steinkohlenbergbau des Gemeinsamen Markts nach einzelnen Ländern seit 1960 geht aus folgender Übersicht hervor:

Entwicklung der Untertagebelegschaft je 1000 Arbeitnehmer³⁾

Land	Jahr 1960	Jahr 1961	Jahr 1962	Jahr 1963	Jahr 1964
Bundesrepublik	309,0	288,0	265,5	248,0	235,0
Belgien	77,3	66,1	59,8	58,1	58,6
Frankreich	130,6	120,8	117,6	115,0	115,0
Italien	2,6	2,4	2,2	1,7	1,3
Niederlande	28,8	27,4	26,3	25,8	25,6
Gemeinschaft	548,2	504,7	471,4	448,6	435,5

3) Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Hohe Behörde, entnommen den Zahlen der Tabelle 4, S. SO.

Das charakteristische Merkmal für die Rationalisierung und Mechanisierung im Steinkohlenbergbau kann jedoch am besten aus der Entwicklung der Untertageleistung abgelesen werden:

Entwicklung der Untertageleistung in der Gemeinschaft 4)

Land	Jahr 1960 kg	Jahr 1961 kg	Jahr 1962 kg	Jahr 1963 kg	Jahr 1964 kg
Bundesrepublik	2 057	2 207	2 327	2 515	2 630
Belgien	1 577	1 714	1 818	1 820	1 860
Frankreich	1 798	1 878	1 922	1 960	2 026
Italien	1 346	1 573	1 676	1 975	2 250
Niederlande	1 789	2 055	2 070	2 095	2 155
Gemeinschaft	1 917	2 059	2 174	2 270	2 350

4) Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Hohe Behörde, entnommen den Zahlen der Tabelle 3, S. 79.

Die Zuwachsraten der Schichtleistung unter Tage waren besonders in der Bundesrepublik außergewöhnlich hoch; sie betragen in der Bundesrepublik in 1963 6,3 vH, in Frankreich ging sie auf 1,9 vH zurück und stagnierte in Belgien, wie aus der folgenden Übersicht zu erkennen ist:

Zuwachsraten der Schichtleistung unter Tage in vH⁵⁾

Land	Jahr 1960	Jahr 1961	Jahr 1962	Jahr 1963
Bundesrepublik	+ 11,4	+ 7,3	+ 7,5	+ 6,3
Belgien	+ 13,6	+ 8,7	+ 6,1	± 0
Frankreich	+ 4,7	+ 4,3	+ 2,3	+ 1,9
Niederlande	+ 10,6	+ 14,9	+ 0,7	+ 0,8

5) Quelle: 12. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, entnommen den Zahlen der Tabelle 17, S. 119.

Die obigen Zuwachsraten im Steinkohlenbergbau der Gemeinschaft sind auf „positive“ und „negative“ Rationalisierungsmaßnahmen, die in stark erhöhtem Umfang seit

1957 durchgeführt wurden und weitgehend zur Steigerung der Untertageleistung und Senkung der Förderkosten beigetragen haben, zurückzuführen.

Die „negativen“ Rationalisierungsmaßnahmen umfassen hauptsächlich Voll- oder Teilstillegung von Schachtanlagen und die Konzentration des Abbaus auf die ergiebigen Flöze. Was die bisher stillgelegten Anlagen betrifft, so kann man unter Berücksichtigung der regionalen Verhältnisse unterstellen, daß es Anlagen waren, deren Kohlevorräte und Ertragslage am wenigsten Aussicht auf eine zukünftige Besserung der wirtschaftlichen Lage boten. So ist es daher wahrscheinlich, daß weitere Stilllegungen, die in den nächsten Jahren vorgenommen werden, die Untertageleistung und das Ergebnis nicht mehr im gleichen Ausmaß wie bisher beeinflussen werden.

Was den Abbau und die Konzentration auf die besten Flöze betrifft, so haben in den vergangenen Jahren sicherlich alle Kohlenproduzenten diese Methode angewandt, um ihre Förderergebnisse zu verbessern. Wenn auch dieser kurzfristig wirksamen Methode nunmehr bald natürliche Grenzen gesetzt sein werden, so lassen sich immer noch durch erhöhte Kapitalaufwendungen beachtliche Erfolge erzielen.

„Positive“ Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere Betriebszusammenlegungen auf den verschiedensten Stufen der Kohlegewinnung sowie Rationalisierung und Mechanisierung der Untertagearbeiten haben die Produktivitätssteigerung der vergangenen Jahre ermöglicht und werden auch weiterhin erfolgreich sein.

Die Zusammenlegung von Förderbetrieben sowie die Rationalisierung der Untertage als auch der Übertagearbeiten setzen aber eine gründliche Analyse der Gesamtanlage voraus, wenn man Erfolge erzielen will. Die Anpassung der Untertageanlagen an die optimalen Verhältnisse der Lagerstätten und der Fördermöglichkeiten in den Schächten kann auch künftig zur Rationalisierung des Kohlenbergbaus der Gemeinschaft beitragen.

Besonders die Mechanisierung des Abbaus hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen. Fast die Hälfte des Kohlenabbaus ist voll mechanisiert und hat zu einer beträchtlichen Einsparung von Kräften an den Betriebspunkten geführt. Jedoch benötigen alle Rationalisierungsmaßnahmen erhebliche Materialinvestitionen und ständige technische Forschung, Normung und Zusammenarbeit mit zuliefernden Unternehmen.

Die Entwicklung der Gesamtbestände an Steinkohle bei den Zechen der Gemeinschaft war in den vergangenen Produktionsjahren ziemlich ungleichmäßig. In früheren Jahren führten trotz guter Konjunktur geringe konjunkturelle Schwankungen der Kohlennachfrage zu zeitweiligen größeren Haldenbeständen der Zechen, weil eine Anpassung der Förderung an eine steigende oder sinkende Nachfrage im westeuropäischen Bergbau infolge der besonderen natürlichen und technischen Bedingungen nur in engen Grenzen möglich ist. Hinzu kommt, daß die geförderten Kohlearten und Kohlesorten im Bergbaubetrieb zwangsläufig anfallen, so daß diese mangelnde Elastizität nicht nur für die Gesamtförderung gilt, sondern auch für die Kohlesorten und -arten. So können bei großer Kohlennachfrage minderwertige Produkte schlecht abgesetzt werden und müssen teilweise auf Halde gelegt werden, weil im allgemeinen nicht generell Kohle nachgefragt wird, sondern bevorzugt hochwertige Kohlesorten und Kohlearten.

Insofern hat man bei den Haldenbeständen der Zechen zwischen konjunkturellen Beständen aus normal absatzfähiger und strukturellen Beständen aus minderwertiger Kohle zu unterscheiden.

Im Jahre 1963 hat die Entwicklung der Angebots- und Nachfragefaktoren einen Rückgriff auf die Bestände erforderlich gemacht, der nebenbei auch die Liquidität der Bergwerksbetriebe erheblich verbesserte.

Die Entwicklung der Steinkohlenbestände bei den Zechen der Produzentenländer von Ende 1962 bis Ende 1963 und eine Voranschätzung bis Ende 1964 ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

STEINKOHLENPRODUKTION IM GEMEINSAMEN MARKT

Steinkohlenbestände bei den Zechen ⁶⁾
(in Mill. t)

Land	Ende 1962	Ende 1963	Voraus- schätzung Ende 1964
Bundesrepublik	6,1	3,8	10,0
Belgien	1,4	0,5	1,5
Frankreich	8,6	6,3	7,5
Niederlande	0,5	0,4	0,5
Gemeinschaft	16,6	11,0	19,0

8) Quelle: 12. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, entnommen den Zahlen der Tabelle 16, S. 112.

Die bisherige Entwicklung der Kohlenförderung und des Kohlenabsatzes hat inzwischen nach einer Verminderung der Kohlenbestände von Ende 1962 in Höhe von 16,6 Mill. t bis Ende 1963 auf 11 Mill. t wieder zu einem Ansteigen der Kohlenbestände Mitte 1964 auf rund 14 Mill. t geführt und wird voraussichtlich Ende 1964 rund 19 Mill. t betragen. Allerdings werden in den Beständen Ende 1964 voraussichtlich 9 Mill. t Ballastkohle enthalten sein, so daß lediglich 10 Mill. t voll absatzfähiger Kohle bei den Zechen auf Halde liegen werden.

//. Der Kohlenabsatz der Gemeinschaft

Infolge des kalten Winters war der Steinkohlenverbrauch in der Gemeinschaft in 1963 um 2 Mill. t höher als 1962. Zwar verringerte sich die Förderung in 1963 um 4 Mill. t gegenüber der Förderung 1962, der Mehrverbrauch an Kohle konnte aber aus den Beständen gedeckt werden.

Die Entwicklung des Kohlenverbrauchs nach einzelnen Verbrauchssektoren ist nachstehend ersichtlich:

Entwicklung nach Verbrauchssektoren
Steinkohle und Steinkohlenbriketts⁷⁾
(in 1000 t)

Sektor	Jahr 1953	Jahr 1962	Jahr 1963
Verbrauch	11 028	6 758	6 571
Zechenselbstverbrauch	5 137	4 150	4 136
Deputate	5 561	4 916	4 263
Zechenkraftwerke	14 019	19 725	19 700
Öffentliche Kraftwerke	20 627	31 865	31 509
Gaswerke	11 748	8 620	8 391
Eisenbahnen	18 988	11 007	10 612
Kokereien	80 763	96 476	93 620
Eisen- und Stahlindustrie	4 410	3 599	3 301
Übrige Industrie	35 963	32 462	31 856
Insgesamt	208 244	219 578	213 959
Lieferungen:			
Haushalte	34 454	39 550	47 467
Insgesamt	242 698	259 128	261 426

7) Quelle: 12. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, zusammengestellt aus den Zahlen der Tab. 8, S. 101.

Besonders auffällig erscheint der Rückgang des Kohlenverbrauchs im Sektor übrige Industrie, bei den Eisenbahnen und bei den Gaswerken. Die Lieferungen an Haushalte und Kleingewerbe haben in 1963 infolge der kalten Witterungsverhältnisse besonders stark zugenommen, während die Zechenkraftwerke im wesentlichen in 1963 den gleichen Kohlenverbrauch hatten wie 1962.

Die Bezüge von Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Steinkohlenkoks im Austausch zwischen den Ländern der Gemeinschaft blieben im Umfang von 30. Mill. t Kohle und Koks in 1963 ungefähr genau so hoch wie 1962. Die Einfuhr aus dritten Ländern hat sich 1963 gegenüber dem Vorjahre um 43 vH stark erhöht. Die Aufgliederung der Steinkohleneinfuhr aus dritten Ländern ist nachfolgend aufgeführt, wobei die USA in 1963 mit einer Kohleneinfuhr von rund 21,2 Mill. t den größten Anteil hatten.

Steinkohleneinfuhr aus dritten Ländern,
aufgegliedert nach Ausfuhrländern⁸⁾
(in Mill. t)

Land	Jahr 1960	Jahr 1962	Jahr 1963
USA	12,5	15,2	21,1
Großbritannien	1,7	3,2	5,6
Polen	1,7	1,8	1,7
UdSSR	1,4	2,4	4,0
Sonstige	0,6	1,0	1,4
Insgesamt	17,9	23,6	33,8

8) Quelle: 12. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, zusammengestellt aus den Zahlen der Tab. 13, S. 109.

Alle Länder der Gemeinschaft haben in 1963 zusätzlich Kohle eingeführt, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß. Die Mehreinfuhr war in Frankreich besonders groß, da durch den Streik der Bergarbeiter der Mangel an Hausbrandkohle groß war.

Die Gesamtausfuhr von Steinkohle und Steinkohlenkoks hat sich 1963 gegenüber dem Vorjahr um 12 vH verringert, wobei bemerkenswert ist, daß gegenüber früheren Jahren die Ausfuhr von Koks höher war als von Steinkohle und Steinkohlenbriketts. Die Gesamtausfuhr betrug in 1963 7,537 Mill. t. Die Kohlenausfuhr nach dritten Ländern wird nachstehend dargestellt:

Ausfuhr von Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Steinkohlenkoks nach dritten Ländern⁹⁾
(in 1000 t)

Land	Steinkohle und Steinkohlen- briketts		Steinkohlen- koks		Insgesamt	
	1962	1963	1962	1963	1962	1963
Dänemark	337	49	790	860	1 127	909
Schweden	277	177	959	1 079	1 236	1 256
Norwegen	83	43	72	130	155	173
Finnland	—	—	96	76	96	76
Österreich	1 052	978	498	581	1 550	1 559
Schweiz	1 366	1 238	508	653	1 874	1 891
Sonstige Länder	1 675	976	714	697	2 389	1 673
Insgesamt	4 790	3 461	3 637	4 076	8 427	7 537

9) Quelle: 12. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, Tab. 15, S. 111.

III. Allgemeine Maßnahmen zur Kohlenwirtschaftspolitik

Bei der Frage, welche Maßnahmen die Hohe Behörde zur Beseitigung der Absatzkrise im Steinkohlenbergbau getroffen habe, muß man die Tatsache berücksichtigen, daß der Montanvertrag nur geringe Handlungsfreiheit zur Beeinflussung des Energiemarktes läßt. Freie Kohlenpreise, Veröffentlichung von Preislisten, Verbot von Diskriminierungen sollen — nach dem Montanvertrag — die beste Möglichkeit zur Marktversorgung bei niedrigen Preisen gewährleisten.

In den vergangenen Jahren ist es aber klargeworden, daß die Bestimmungen des Montanvertrages für die Lösung der Absatzkrise im Steinkohlenbergbau unzureichend sind. Nach jahrelangen Bemühungen ist zwar durch die Hohe Behörde der Montanunion, durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und durch die Europäische Atomgemeinschaft eine interexekutive Arbeitsgruppe für Energiefragen gebildet worden. Am 25. Juni 1962 legte diese Gruppe ein Memorandum über die Energiepolitik und am 21. Dezember 1962 eine „Untersuchung langfristiger, energiewirtschaftlicher Aussichten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ dem Ministerrat vor, um Montanvertrag und Kohlenwirtschaftspolitik in eine westeuropäische Energiepolitik einzuordnen.

Die unterschiedlichen nationalen Interessenlagen der Länder der Gemeinschaft und insbesondere die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob der Energiemarkt ein marktwirtschaftlich orientierter offener Markt sein soll, oder darüber hinaus Ordnungsprinzipien und Subventionen zulässig sind, führen schon seit Jahren zu keiner einheitlichen Kohlenwirtschafts- und Energiepolitik. In Wahrung ihrer nationalen Belange gehen daher die Länder der Gemeinschaft auf energiepolitischem Gebiet ihre eigenen Wege, wobei entgegenstehende Bestimmungen des Montanvertrages oft mehr oder weniger verhüllt umgangen oder zumindest dem Sinn nach mißachtet werden.

Wieweit dieser Auflösungsprozeß auf dem Gebiet der Energiepolitik schon fortgeschritten ist, geht aus den neuesten Äußerungen der Hohen Behörde hervor:

„Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß die Lage in sämtlichen Mitgliedstaaten, in denen die Kohlenförderung ein wichtiger Faktor der Volkswirtschaft ist, die Gemeinschaft vor die gleichen Probleme stellt, wenn auch Umfang und Form der Regierungsmaßnahmen von Land zu Land erheblich voneinander abweichen. Alle diese einzelstaatlichen Maßnahmen sind nämlich geeignet, die Kohärenz des gemeinsamen Marktes für Kohle zu beeinträchtigen, und entfernen sich mehr und mehr von einer gemeinsamen Energiepolitik. Es kann nicht zugelassen werden, daß eine solche Lage, die vom Gesichtspunkt des Vertrages bedenklich ist, anhält. Da die Regierungen bisher nicht in der Lage waren, sich über die Durchführung einer gemeinsamen Energiepolitik zu einigen, hält es die Hohe Behörde für ihre Pflicht, im Einvernehmen mit den beiden anderen Exekutiven eine neue Initiative zu ergreifen, um für diese Probleme eine Gesamtlösung zu finden, die schließlich bestimmte konkrete Perspektiven für die Energiepolitik eröffnet und dadurch gleichzeitig eine Möglichkeit bietet, die Maßnahmen der einzelnen Regierungen in einen gemeinschaftlichen Rahmen einzuordnen. Dies ist der einzige Weg, der sich bietet, wenn man vermeiden will, daß sich der gemeinsame Markt für Kohle allmählich auflöst, und der eine Anwendung des Vertrages gestattet, die sowohl seinem eigentlichen Zweck als auch den Erfordernissen der derzeitigen Lage entspricht.¹⁰⁾“

IV. Die besondere kohlenwirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik

Das Jahr 1963 war für die westdeutsche Kohlenwirtschaft wirtschaftlich und hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit Kohle ein erfolgreiches Jahr; neben der laufenden Förderung im Bundesgebiet von über 142 Mill. t Steinkohle konnten noch über 6 Mill. t Steinkohle, Steinkohlenkoks und Steinkohlenbriketts aus den Haldenbeständen dem Markt zur Verfügung gestellt werden.

10) Quelle: 12. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, S. 147, Absatz 168.

Die langandauernde Kälteperiode 1962/63 wies aber auch die Öffentlichkeit auf die Bedeutung einer sicheren Versorgung mit Energie hin. Während Steinkohlen, Koks, Gas und Strom fast störungslos zu festen Preisen geliefert werden konnten, gab es bei der Versorgung mit Heizöl beachtliche Preissteigerungen und umfangreiche Versorgungsschwierigkeiten. Wenn inzwischen das Heizöl wieder zu abnorm niedrigen Preisen auf dem westdeutschen Energiemarkt angeboten wird, so darf nicht übersehen werden, daß — abgesehen von kriegerischen Verwicklungen — angesichts der politisch labilen Produzentenländer zumindest periodische Lieferstörungen jederzeit möglich sein können.

Hiervon abgesehen ist es ziemlich sicher, daß infolge technischer und wirtschafts-politischer Gründe die Rohölpreise ansteigen werden, so daß dann die Zeit des überaus billigen Heizöls auf dem deutschen Energiemarkt vorüber sein wird. Hinzu kommt noch folgendes: Je stärker die Position des Heizöls auf dem Energiemarkt sein wird, um so eher werden die ausländischen Mineralölgesellschaften aus marktstrategischen Gründen dazu neigen, die Heizölpreise anzuheben.

Wenn wir nunmehr einen Blick auf die Entwicklung der westdeutschen Steinkohlen werfen, so können wir feststellen, daß trotz Rückgang der Zahl der Bergarbeiter die Kohlenförderung im Bundesgebiet mit rund 142 Mill. t Steinkohlen in 1963 genauso hoch war wie 1960. Wenn man bedenkt, daß seit Beginn der Kohlenabsatzkrise 57 Schachtanlagen, elf Kokereien und sechs Brikettfabriken stillgelegt bzw. mit anderen Schachtanlagen zusammengelegt worden sind und hierbei über 17 Mill. t Förderkapazitäten verloren gingen, so ist die derzeitige Förderhöhe ein besonders markantes Zeichen für die Bemühungen des Steinkohlenbergbaus, sich auf dem Energiemarkt der Bundesrepublik im Kampf gegen das Heizöl zu behaupten.

Umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen und Mechanisierungen steigerten die Untertageleistung der westdeutschen Bergarbeiter in einem früher nie gekannten Ausmaß. Die Untertageleistung, die 1958 noch 1651 kg betrug, hat sich inzwischen um 50 vH auf rund 2600 kg erhöht. Wenn auch künftig die Zuwachsraten nicht mehr so hoch sein werden, so kann doch bald mit einer Untertageleistung von 3000 kg gerechnet werden.

Daß das Ausmaß dieser Steigerung leider erst seit Beginn der Absatzkrise so stark war, ist zu bedauern. Es wäre sinnvoll gewesen, Rationalisierungsmaßnahmen schon ab 1950 vorzunehmen. Leider wurde in der Kohlenwirtschaft und bei der Bundesregierung die technische und wirtschaftliche Situation falsch eingeschätzt, obwohl seitens der Gewerkschaften und des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts schon früh auf diese Notwendigkeit hingewiesen wurde.

Endlich wird nun durch das am 29. Juni 1963 erlassene Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau versucht, durch Errichtung eines Rationalisierungsverbandes die Wettbewerbsfähigkeit des Steinkohlenbergbaus zu steigern, zur Verbesserung seiner Produktionseinrichtungen und Verfahren und zur Anpassung an die Absatzmöglichkeiten beizutragen. Hierzu stehen dem Rationalisierungsverband öffentliche Mittel zur Stilllegung von Zechen und für Rationalisierungskredite zur Verfügung. Daneben tragen die Mitglieder des Rationalisierungsverbandes auch durch eigene Abgaben dazu bei, die mit dem Gesetz erstrebten Ziele zu verwirklichen.

Für die Stilllegung von Bergbauunternehmen setzt das Gesetz eine Frist bis zum 31. August 1964; eine Verlängerung ist durch Verordnung des Bundeswirtschaftsministeriums möglich, jedoch ist der 31. August 1965 der endgültige Termin, bis zu dem Zechenstilllegungen eingeleitet werden müssen.

Die Förderung von Steinkohlen im Bundesgebiet nach einzelnen Revieren seit 1960 ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

STEINKOHLENPRODUKTION IM GEMEINSAMEN MARKT

Förderung von Steinkohlen¹¹⁾
(in 1000 t)

	Jahr 1960	Jahr 1961	Jahr 1962	Jahr 1963	Jahr 1964 *)
Ruhr	15 441	116 083	115 898	117 156	
Aachen	8 187	8 356	8 050	7 785	
Niedersachsen	2 425	2 211	2 269	2 260	
Saar	16 432	16 090	14 919	14 915	
Bundesgebiet	142 287	142 740	141 136	142 116	142 000

*) Vorausschätzung.

11) Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e. V. Zahlen zur Kohlenwirtschaft Heft 64, Mai 1964, S. 6 (ohne Klein- und Stollenbetriebe).

Wie wir schon eingangs ausführten, konnten zum Jahresende 1963, wie aus nachfolgender Übersicht ersichtlich, die Haldenbestände an Steinkohle und Koks auf rund 3,8 Mill. t vermindert werden, jedoch ist in 1964 schon wieder ein Haldenzugang festzustellen, so daß der Bestand bis Ende August bereits rund 8 Mill. t Steinkohle und Koks beträgt. Hinsichtlich des Absatzes an Kohle und Koks sind seit 1. April 1963 die bisherigen drei Kohleverkaufsgesellschaften an der Ruhr zu zwei Kohleverkaufsgesellschaften in Essen zusammengelegt worden. Die anderen Kohlenreviere verfügen jeweils über je eine Verkaufsgesellschaft für ihre eigene Kohlenförderung.

Zwar ist der Absatz an Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Steinkohlenkoks im Bundesgebiet von 93,3 Mill. t in 1960 auf rund 95 Mill. t in 1963 angestiegen, der Kohlenabsatz in 1964 läßt jedoch trotz Hochkonjunktur der Wirtschaft gegenüber 1963 einen Minderabsatz von über 10 Mill. t Kohlen und Koks erwarten.

Der Außenhandel an Kohlen und Koks ist seit 1960 mit einer Ausfuhr an Kohlen und Koks in Höhe von rund 29 Mill. t ziemlich gleichbleibend, die Gesamteinfuhr an Steinkohle, besonders aus den USA, erhöhte sich von 6,9 Mill. t in 1960 auf 8,4 Mill. t in 1963. Die Tendenzen des Außenhandels deuten auf einen Rückgang des bisherigen Ausfuhrüberschusses.

Die westdeutschen Kohleverkaufsgesellschaften haben, wie auch die anderen Verkaufsstellen innerhalb des Gemeinsamen Marktes, ihre Listenpreise für Steinkohle und Koks infolge gestiegener Selbstkosten erhöht; es erscheint jedoch fraglich, ob die Kohlenpreise ausreichen werden, um anstehende Lohnerhöhungen im Steinkohlenbergbau zu verkraften.

Die bisherigen Rationalisierungs- und Mechanisierungserfolge, die neben der Steigerung der Untertageleistung den Anteil der vollmechanischen Gewinnung der Kohle von 13 vH in 1957 auf über 65 vH erhöhten, zeigen die Wege, auf denen eine weitere Verbesserung der Produktivität möglich ist. Hierbei kann der Rationalisierungsverband zwar finanzielle Hilfe leisten, infolge seiner mehr privatwirtschaftlichen als öffentlichen Organisationsform, seinen rein nach Unternehmensrentabilität ausgerichteten Zielsetzungen ist er aber nicht in der Lage, den Steinkohlenbergbau als Ganzes zu einem wirtschaftlich blühenden Industriezweig zu machen.

Diese Situation geht auch aus den Ausführungen des Vorsitzenden der Unternehmensverbände Ruhr und Aachen aus Anlaß der Mitgliederversammlung am 14. Juli 1964 deutlich hervor, wo erwähnt wurde, daß, wenn nicht bald entscheidende wirtschaftspolitische Maßnahmen erfolgen, in 1965 Schachtanlagen in großer Zahl stillgelegt werden müßten.

Solche Entscheidungen würden aber zu Konsequenzen wirtschaftlicher und sozialer Natur führen, die in ihrer Tragweite heute überhaupt noch nicht zu übersehen sind.

Die Bundesregierung hat nämlich immer noch nicht erkannt, daß die Kohle nicht ein Erzeugnis wie tausend andere auf dem Markt ist, sondern einen essentiellen Bestandteil unserer nationalen Versorgung zur sicheren Belieferung mit Energie aus eigener Erzeugung darstellt.

Ganz abgesehen von der Langfristigkeit bergbaulicher Betriebsvorgänge, kann die Kohlenwirtschaft nicht mit marktwirtschaftlichen Maßstäben gemessen werden. Aus diesen Gründen können auch die kohlenwirtschaftlichen Probleme, insbesondere auch der Verdrängungswettbewerb des Heizöls, nicht mit privatwirtschaftlichen Unternehmens- und Organisationsformen gelöst werden. Die Forderung der Bergarbeiter nach Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum soll daher vorwiegend ökonomisch und organisatorisch gesehen werden. Selbstverständlich kann eine bloße Eigentumsänderung die Absatzkrise nicht beseitigen. Eine Verbesserung der Kosten und Erträge und damit eine bessere marktstrategische Position könnte durch Zusammenschluß aller produktiven Kräfte des Bergbaus erfolgen. Konzentration der Unternehmen und Bergwerksbetriebe unter einer Leitung, ähnlich wie sie bis 1953 bei der Deutschen Kohlenbergbauleitung bestand, könnte wesentliche Einsparungen der Betriebskosten bewirken. Zusammenlegung von Kohlefeldern — unabhängig vom jeweiligen Eigentümer — und Konzentration der Betriebe und Schächte würden eine produktive „Flurbereinigung“ ergeben; die Lagerstätten könnten nach optimalen Gesichtspunkten ausgebeutet werden. Auch auf dem Gebiet der Kokserzeugung, der Verkaufs- und Einkaufsorganisation, der gemeinsamen Finanz- und Verwaltungsstellen wären Konzentrationserfolge zu erzielen.

Langfristige Produktionspläne mit Konzentrierung auf die ergiebigsten Flöze und Betriebe würden voraussichtlich in kurzer Zeit — bei Aufrechterhaltung der heutigen Förderhöhe — zu Untertageleistungen von 4000 kg führen, die heute nur von wenigen Betrieben erreicht werden.

Leider helfen aber die von den Gewerkschaften schon seit vielen Jahren gemachten Vorschläge über die derzeitige Situation kurzfristig nicht hinweg. Zur Überwindung der Durststrecke empfiehlt sich — wenn hierdurch volkswirtschaftliche Werte über eine Zwischenperiode gerettet werden — ein Erhaltungsschutz (so auch Professor *Edgar Salin*), wenn nach deren Ablauf ihr voller Einsatz mit hoher Wahrscheinlichkeit benötigt wird.

Die von der interexekutiven Energiegruppe vorgeschlagenen degressiven Subventionen an einzelne Bergwerksbetriebe könnten aber lediglich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterstützen, die untenstehend vorgeschlagen werden:

1. Befreiung der Kohle von der Umsatzsteuer,
2. Fiskalierung der Knappschaftsrentenversicherung und Beitragsbefreiung für Unternehmer und Bergarbeiter,
3. Lizenzierung von Rohöl und Heizöl.

Zur Sicherung des Arbeitskräftepotentials müßten neben einem Spitzenlohn für Bergarbeiter unter Tage die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, das Betriebsklima und die Sicherheitsbestimmungen verbessert sowie das Bergarbeiterstatut mit garantiertem Jahreslohn eingeführt werden, um die bergbauliche Arbeit den modernen, industriellen Betriebsverhältnissen anzupassen.